



**Umweltinstitut
München e.V.**

JAHRES- & TRANSPARENZBERICHT

UNSER JAHR 2024

INHALT

EDITORIAL 5

ÜBER UNS 6

UNSER JAHR 2024

Pendimethalin:
Wir klagen gegen das Überall-Gift 10

Der Pestizidcocktail auf unseren Äpfeln 11

Pestizide raus aus Schutzgebieten 12

Glyphosat: Wir ziehen vor Gericht! 13

Keine Bohrtürme am Ammersee! 14

Wärmeplanung ohne fossile Sackgassen 15

Klimageld jetzt! 16

Stoppen wir das Klimagift! 17

Kein Deal mit Milei: EU-Mercosur stoppen! 18

Atommüll und Radioaktivitätsmessung 19

Energieeffizienz: Raus aus der
Verschwendung! 20

Für mehr Transparenz auf den Feldern 21

ORGANISATION

Unser Organigramm 25

Unser Vorstand 26

Mitarbeiter:innen- und Gehaltsstruktur 27

DAS JAHR 2024 IN ZAHLEN

Einnahmen und Ausgaben 29

Wir danken 35

Kontakt 36

Impressum 37

EDITORIAL

Liebe Leser:innen,

Editorials von Jahresberichten haben es an sich, dass man sie erst im Folgejahr schreibt – wenn man schon einen Eindruck davon hat, was das aktuelle Jahr bringt. Und in der Rückschau präsentiert sich 2024 vor allem als das letzte Jahr vor dem Amtsantritt Donald Trumps und dem gigantischen Scherbenhaufen, den man 2025 Weltpolitik nennen muss.

Doch auch 2024 begann hierzulande bereits mit starken Spannungen: Die Bauernproteste weiteten sich rasch zu einer breiten Mobilisierung gegen Umwelt- und Klimapolitik aus. Es endete mit dem Bruch der Regierung und der Ankündigung vorgezogener Neuwahlen. Schon die Jahre der Ampelkoalition hatten verdeutlicht, dass selbst eine grüne Regierungsbeteiligung keinen verlässlichen Schutz vor Rückschritten in der Umweltpolitik bietet. Trotz grünem Landwirtschafts- und Umweltministerium blieb der Einsatz gefährlicher Pestizide unverändert hoch. Deshalb beschreiten wir seit 2024 den Rechtsweg – gegen Glyphosat, Pendimethalin und Sulfurylfluorid. Für die Artenvielfalt, unsere Gesundheit und den Schutz der Lebensgrundlagen.

In der Energiepolitik machten wir weiter Druck gegen das Märchen von Wasserstoff als Lösung beim Heizen. Stattdessen forderten wir einen geregelten Gasanstieg und ein Ende der Energieverschwendung in der Industrie. In der Handelspolitik setzten wir ein deutliches Zeichen gegen das EU-Mercosur-Abkommen,

als wir dem autoritären Präsidenten Argentiniens bei seinem Deutschlandbesuch die „Rostige Kettensäge“ verliehen. Und dann war da noch Reichling: Weil er einer Firma erlaubt hatte, nahe des Ammersees neue Gasbohrungen durchzusetzen, konfrontierten wir den bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger persönlich – mit mehr als 20.000 Unterschriften im Gepäck.

All das wäre nicht möglich ohne Sie: Unsere Fördermitglieder, Spender:innen und Unterstützer:innen geben uns den Rückhalt, den wir brauchen, um mutig, unabhängig und wirksam zu arbeiten. Für dieses Vertrauen danke ich Ihnen im Namen des gesamten Teams von Herzen!

Mit der neuen Bundesregierung kommen herausfordernde Jahre auf uns zu. Uns ist klar: Die Auseinandersetzungen werden härter. Wir wissen, dass es auf unsere Stimme ankommt und wir werden sie nutzen.

Bleiben Sie engagiert, kritisch und unbequem – wir zählen auf Sie!



Fabian Holzheid
Politischer Geschäftsführer



ÜBER UNS

Seit mehr als 35 Jahren kämpft das Umweltinstitut für eine artenreiche und vielfältige Umwelt, in der alle ein gutes Leben führen können.

Nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl zieht eine radioaktive Wolke bis nach Deutschland. Statt die Bevölkerung umfassend zu informieren, vertuschen und verharmlosen die deutschen Behörden die Gefahr. Eine Gruppe engagierter Bürger:innen und Wissenschaftler:innen will das nicht hinnehmen und beginnt, selbst unabhängige Messungen der radioaktiven Belastung durchzuführen. Im Juli 1986 gründen sie das Umweltinstitut München. Aus der lokalen Initiative ist eine professionelle Umweltorganisation geworden, die sich erfolgreich in die deutsche und europäische Umweltpolitik einmischt.

Unsere Mission

Wir gehen den Dingen auf den Grund. Wir informieren auf Basis unabhängiger Messungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse. Wir ermutigen Menschen, sich mit uns gemeinsam stark zu machen für zukunftsweisende Veränderungen. Neben den Gründungs-

themen Radioaktivität und Atomkraft kämpfen wir dafür, das Artensterben und die Klimakrise einzudämmen. Unser Ziel: die Agrarwende hin zu 100 Prozent ökologischer Landwirtschaft sowie die Energiewende hin zu einer vollständig regenerativen Energiegewinnung.

Unabhängig – kritisch – engagiert

Unsere Unabhängigkeit hat für uns oberste Priorität: Zum größten Teil finanzieren wir uns aus den Beiträgen unserer mehr als 12.000 Fördermitglieder und Spenden. Hinzu kommen Stiftungszuwendungen für einige Projekte sowie ein kleiner Anteil an Fördermitteln. Es sind viele kleine Beiträge, die es uns ermöglichen, nachzuforschen, nachzubohren, Protest zu organisieren und so lange am Ball zu bleiben, bis wir die Politik in Berlin und Brüssel immer wieder ein kleines Stück in die richtige Richtung bewegen können.

GEGRÜNDET

Seit 1986 gehen wir der Umweltbelastung auf den Grund und organisieren Kampagnen und Projekte für mehr Umwelt- und Klimaschutz.

UNSER ZIEL

100 % Ökolandbau ohne Pestizide und Massentierhaltung und eine zu 100% erneuerbare Energieversorgung.

UNABHÄNGIG

Menschen wie Sie ermöglichen mit Ihren Spenden und Förderbeiträgen unsere Arbeit – unabhängig von Politik und Wirtschaft.



UNSER JAHR 2024

Wir klagten gegen gefährliche Pestizide, forderten ein Ende der Energieverschwendung, protestierten gegen neue Gasbohrungen in Bayern und den geplanten Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens. Mit gut recherchierten Stellungnahmen, kreativen Aktionen und politischem Druck sorgten wir im vergangenen Jahr dafür, dass Umwelt- und Klimaschutz nicht von der politischen Agenda verschwinden.

Auf den folgenden Seiten erfahren Sie, was wir 2024 gemeinsam mit Ihnen erreicht haben – und warum es sich lohnt, dranzubleiben.



LANDWIRTSCHAFT

Pestizide sind überall, selbst in Schutzgebieten. Deshalb kämpften wir 2024 für ein Verbot von Ackergiften in ökologisch sensiblen Regionen. Gleichzeitig klagten wir gegen die Zulassung besonders gefährlicher Wirkstoffe wie Glyphosat und Pendimethalin.



HANDELSPOLITIK

Freihandel darf nicht auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt gehen. Mit der Verleihung der „Rostigen Kettensäge“ an Argentinien's Präsidenten protestierten wir gegen das EU-Mercosur-Abkommen – laut, kreativ und medienwirksam.



ENERGIE & KLIMA

Ob neue Gasbohrungen in Bayern oder falsche Versprechen rund um Wasserstoff: 2024 war für uns ein Jahr der Intervention. Mit Aktionen, Protesten und fundierter Aufklärung stellten wir uns gegen Rückschritte in der Energiewende.



RADIOAKTIVITÄT

Auch nach dem Atomausstieg bleibt das Thema gefährlich aktuell. 2024 machten wir auf die besorgniserregenden Zustände bei der Atommülllagerung aufmerksam und führten unseren Messbetrieb zur radioaktiven Belastung fort.



PENDIMETHALIN: WIR KLAGEN GEGEN DAS ÜBERALL-GIFT



Pendimethalin ist überall – auf Feldern, in Wohngebieten, auf Spielplätzen. Das Pestizid verbreitet sich kilometerweit durch die Luft und gefährdet ähnlich wie Glyphosat nicht nur die Artenvielfalt, sondern auch unsere Gesundheit: Pendimethalin kann laut offizieller EU-Einstufung vermutlich den Fötus während der Schwangerschaft schädigen, ist in den USA als „möglicherweise krebserregend“ eingestuft und steht im Verdacht, ins Hormonsystem einzugreifen.

Trotz dieser Risiken und ohne eine aktuelle Risikobewertung hat die EU die Zulassung dieses hochproblematischen Stoffs 2024 verlängert. Das wollten wir nicht hinnehmen. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft Klage eingereicht.

Unser Ziel: Das gefährliche Pestizid soll schnellstmöglich von unseren Äckern verschwinden. Außerdem wollen wir mit einem Präzedenzurteil die unsägliche Praxis beenden, Pestizide ohne Risikoprüfung zu genehmigen.

Möglich ist diese Klage nur durch die Unterstützung unserer Spender:innen. Vielen Dank an Sie alle, die sich mit uns für eine pestizidfreie Zukunft einsetzen! Gemeinsam haben wir ein starkes Zeichen gesetzt: Die Behörden müssen gefährliche Pestizide, die sich unkontrolliert verbreiten, unbedingt verbieten!

DER PESTIZIDCOCKTAIL AUF UNSEREN ÄPFELN

Tabelle 2: Testergebnisse im Überblick

Region	Sorte	Nachgewiesene Pestizidrückstände (µg/kg)	Anzahl Rückstände
ALTES LAND	ELSTAR	CAPTAN (0,10)	1
ALTES LAND	GALA	CAPTAN (0,13), TRIFLOXYSTROBIN (0,024)	2
ALTES LAND	BOSKOOP	CAPTAN (0,29), TRIFLOXYSTROBIN (0,023)	2
ALTES LAND	BRAEBURN	CAPTAN (0,40), TRIFLOXYSTROBIN (0,014), ETHIONON (0,02)	3
ALTES LAND	ELSTAR (BIO)	—	0
ALTES LAND	GALA (BIO)	—	0
BODENSEE	ELSTAR	CAPTAN (0,046), TRIFLOXYSTROBIN (0,027), FLUDIOXONIL (0,050)	3
BODENSEE	GALA	CAPTAN (0,19), TRIFLOXYSTROBIN (0,010), FLUDIOXONIL (0,027)	3
BODENSEE	BOSKOOP	CAPTAN (0,35), TRIFLOXYSTROBIN (0,022), FLUDIOXONIL (0,059), DITHIANON (0,027)	4
BODENSEE	BRAEBURN	CAPTAN (0,19), TRIFLOXYSTROBIN (0,023)	2
BODENSEE	ELSTAR (BIO)	—	0
BODENSEE	GALA (BIO)	—	0
SÜDTIROL	BRAEBURN	CAPTAN (0,34), ACETAMIPRID (0,010)	2
SÜDTIROL	GALA	CAPTAN (0,05), DODIN (0,068), ACETAMIPRID (0,022)	3
SÜDTIROL	GOLDEN DELICIOUS	CAPTAN (0,17), DITHIANON (0,015), DODIN (0,10)	3
SÜDTIROL	GRANNY SMITH	CAPTAN (0,072), FLUDIOXONIL (0,010), ACETAMIPRID (0,072)	3
SÜDTIROL	GALA (BIO)	—	0
SÜDTIROL	NICOFFER (BIO)	—	0

Ein genauer Blick auf die Testergebnisse zeigt: Zwar wurden die gesetzlich festgelegten Grenzwerte für Pestizidrückstände in keiner Apfelprobe überschritten. Dennoch können sie nicht als unbedenklich angesehen werden. Denn bis auf eine Ausnahme waren die konventionellen Apfelproben mit mehreren Pestiziden gleichzeitig belastet. Die chemischen Wechselwirkungen verschiedener Pestizide auf die Gesundheit sind komplex und müssen weiter erforscht werden. Studien weisen jedoch darauf hin, dass dieser sogenannte Cocktaileffekt die schädlichen Wirkungen einzelner Pestizide verstärken oder verändern kann (5, 16). Insgesamt wurden sieben verschiedene Wirkstoffe in den Proben nachgewiesen, darunter die Fungizide Captan, Dodin, Fludioxonil, Trifloxystrobin und Dithianon sowie das Insektizid Acetamiprid und der Wachstumsregler Ethionon. Fungizide werden gegen Pilzkrankheiten bei Pflanzen eingesetzt, während Insektizide gegen Insekten zum Einsatz kommen. Wachstumsregulatoren steuern das Pflanzenwachstum, um die Ernte zu optimieren.



Was sind Pestizide?

Als Pestizide werden verschiedenste Stoffe bezeichnet, die in der Landwirtschaft in großen Mengen zur Bekämpfung unerwünschter Organismen eingesetzt werden. In Deutschland werden vor allem Pestizide mit herbiziden, fungiziden und insektiziden Wirkung verwendet.

- Herbizide werden gegen unerwünschte Beikräuter eingesetzt.
- Fungizide werden gegen Pilzkrankheiten an Pflanzen eingesetzt.
- Insektizide werden gegen Insekten eingesetzt.



Der Apfel-Cocktail: Pestizidrückstände in Äpfeln — Umweltinstitut 2024

Der Apfel-Cocktail: Pestizidrückstände in Äpfeln — Umweltinstitut 2024

Äpfel gehören zu den beliebtesten Obstsorten in Deutschland – doch was steckt wirklich in ihnen? Das wollten wir genauer wissen und ließen im vergangenen Jahr 18 Apfelproben aus Deutschland und Südtirol auf Pestizidrückstände untersuchen. Die Ergebnisse sind alarmierend: Alle Proben aus konventionellem Anbau waren belastet – oft mit mehreren Pestiziden gleichzeitig.

Auch wenn keine gesetzlichen Grenzwerte überschritten wurden, sind die nachgewiesenen Rückstände bedenklich. Denn unter den gefundenen Pestiziden waren auch solche, die nachweislich eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit sind. Besonders kritisch: Wir fanden Captan, das als vermutlich krebserregend gilt, sowie Acetamiprid, das die Gehirnentwicklung beeinträchtigen kann.

Auch der so genannte Cocktaileffekt ist problematisch, denn die Wechselwirkungen verschiedener Pestizide sind kaum erforscht.

Doch es gibt auch eine gute Nachricht: Bio-Äpfel schnitten deutlich besser ab. Keine der untersuchten Proben enthielt Rückstände chemisch-synthetischer Pestizide. Das zeigt: Es geht auch ohne Gift – gesund und umweltfreundlich.

Zu den Testergebnissen:

<https://umweltinstitut.org/apfelmessungen2024>

PESTIZIDE RAUS AUS SCHUTZGEBIETEN

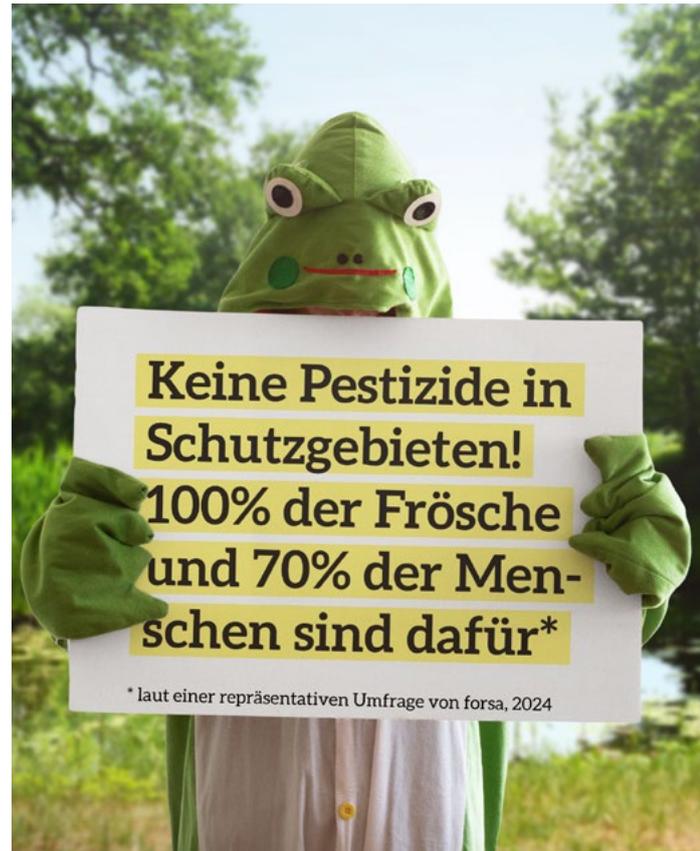
Schutzgebiete sollen eigentlich Orte sein, an denen Natur und Tiere sicher sind. Doch die Realität sieht anders aus: In den allermeisten Schutzgebieten in Deutschland sind konventionelle Landwirtschaft und der Einsatz von Pestiziden erlaubt.

Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung eine Verordnung überarbeitet, die auch den Pestizideinsatz in Schutzgebieten regelt. Für uns war klar: Das ist unsere Chance, um endlich ein umfassendes Pestizidverbot in diesen Gebieten zu erreichen.

Deshalb machten wir frühzeitig mit einer Online-Aktion Druck: Mehr als 16.000 Menschen beteiligten sich daran und forderten Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir auf, den Pestizideinsatz in Schutzgebieten endlich zu verbieten. Eine von uns beauftragte, repräsentative Umfrage zeigte außerdem, dass auch eine breite Mehrheit der Bevölkerung hinter dieser Forderung steht.

Am Tag der Abstimmung über die Pestizidverordnung zogen wir mit einer Schar grüner Laubfrösche vor den Bundesrat in Berlin. Unsere Botschaft war klar: Pestizide und Schutzgebiete passen nicht zusammen!

Trotz des öffentlichen Drucks hat der Bundesrat nicht für ein umfassendes Pestizidverbot in Schutzgebieten gestimmt. Doch einen kleinen Erfolg konnten wir verbuchen: Glyphosat bleibt in Heilquellen- und Wasserschutzgebieten weiterhin verboten. Einige Bundesländer hatten im Vorfeld versucht, das Verbot aufzuweichen.



GLYPHOSAT: WIR ZIEHEN VOR GERICHT!



Die Entscheidung der EU-Kommission war ein Schock: Im Dezember 2023 wurde Glyphosat für weitere zehn Jahre zugelassen – trotz einer Vielzahl wissenschaftlicher Studien, die massive Gesundheits- und Umwelttrisiken nachweisen.

Das wollten wir nicht hinnehmen. Im Sommer 2024 reichten wir deshalb gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen Klage vor dem Europäischen Gericht ein. Unser Ziel: Die Aufhebung der Zulassung und ein endgültiges Verbot des Totalherbizids Glyphosat in der gesamten EU.

Doch wir stehen mächtigen Gegnern gegenüber: Die Hersteller von Glyphosat, Konzerne wie Bayer und Syngenta, werden alles daransetzen, ihre Profite zu schützen. Mit teuren Spitzenanwält:innen werden sie dafür kämpfen, dass das Ackergift weiterhin auf unseren Feldern eingesetzt werden darf.

Warum ist dieser Schritt so wichtig? Glyphosat ist das meistgenutzte Pestizid weltweit – mit dramatischen Folgen: Studien zeigen, dass das Gift sich in Böden und Gewässern anreichert, Insektenpopulationen bedroht und über Lebensmittel in unseren Körper gelangt.

Wir halten die Entscheidung der EU-Kommission, Glyphosat für weitere zehn Jahre zuzulassen, für alles andere als unangreifbar. Jetzt liegt es am Europäischen Gericht, ein Urteil zu fällen – für Mensch, Umwelt und eine Zukunft ohne Ackergifte.

Unsere Klage wäre ohne die Unterstützung unserer Spender:innen nicht möglich. Wir wissen, dass Sie sich genauso wie wir wünschen, dass das Ackergift endlich von unseren Feldern verschwindet. Mit Ihrer Hilfe kämpfen wir weiter, bis Glyphosat verboten ist!

KEINE BOHRTÜRME AM AMMERSEE!



Der Ammersee ist nicht nur ein beliebtes Ausflugsziel, er ist auch ein Naturjuwel und Lebensraum zahlreicher seltener Arten. Doch nun droht ein massiver Eingriff in die Natur: Westlich des Ammersees will der kanadische Konzern Genexco in Reichling nach Erdgas bohren – mit gravierenden Folgen für Natur, Klima und die Trinkwasserversorgung. Denn die Bohrungen sind nur 200 Meter von einer wichtigen Trinkwasserquelle geplant.

Als bekannt wurde, dass das Unternehmen eine Bohrgenehmigung beantragt hatte, zögerten wir nicht lange und starteten Anfang September eine Eil-Aktion. Mehr als 20.000 Menschen unterzeichneten innerhalb kürzester Zeit unseren Appell an die bayerische Staatsregierung. Denn diese hat die Förderung bisher sogar aktiv unterstützt.

Wenige Wochen später haben wir Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger mit den gesammelten Unterschriften konfrontiert. Im Gespräch machten wir deutlich, dass eine neue Gasförderung den Klimazielen Bayerns und Deutschlands widerspricht.

Doch trotz des wachsenden Widerstands startete Genexco im Oktober 2024 mit den ersten Arbeiten an der Bohrstelle und bereitet die Bohrungen vor. Dabei ist der Ausstieg aus der Nutzung von Erdgas längst beschlossene Sache. Schließlich möchte Deutschland bis 2045 klimaneutral werden. Statt die fossile Abhängigkeit weiter zu verlängern, müssen wir jetzt konsequent in erneuerbare Energien investieren.

WÄRMEPLANUNG OHNE FOSSILE SACKGASSEN



Alle Kommunen in Deutschland müssen in den kommenden Jahren einen Plan für die klimafreundliche Wärmeversorgung vorlegen. Doch statt konsequent auf erneuerbare Energien zu setzen, droht vielerorts eine Fehlplanung: Denn um ihr Geschäftsmodell zu erhalten, versucht die Gaslobby, Wasserstoff als vermeintliche Lösung zu etablieren. Für die Bürger:innen ist das eine echte Kostenfalle: Denn Wasserstoff ist ineffizient, teuer und wird auf absehbare Zeit nicht in ausreichender Menge klimafreundlich produziert.

Deshalb starteten wir 2024 gemeinsam mit mehr als 200 Umweltorganisationen eine bundesweite Kampagne. Unser Ziel: Kommunen davor bewahren, Wasserstoff als Ersatz für fossiles Gas in ihre Wärmepläne aufzunehmen. Mit einem Rechtsgutachten, Webinaren für Kommunen und einem offenen Brief an mehr als 7.000 Bürgermeister:innen haben wir den Diskurs rund um die Scheinlösung Wasserstoff nachhaltig beeinflusst. Stand heute plant kaum eine Kommune verbindlich, Wasserstoff an Haushalte zu verteilen. Sogar das Bundeswirtschaftsministerium musste zu unserem Rechtsgutachten Stellung nehmen und hat ihm im Kern zugestimmt.

Parallel dazu zeichnet sich ein weiterer Umbruch ab: Immer mehr Haushalte kündigen ihren Gasanschluss und setzen auf Wärmepumpen oder andere klimafreundliche Alternativen. Doch was passiert mit den Gasnetzen? Wenn immer weniger Menschen sie nutzen, steigen die Kosten für die verbliebenen Kund:innen. Einige Stadtwerke ziehen bereits Konsequenzen und planen die Stilllegung ihrer Netze in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren.

Doch damit der Gasausstieg sozial gerecht verläuft, braucht es klare Regeln. Ohne rechtliche Vorgaben besteht die Gefahr, dass Verbraucher:innen durch steigende Netzentgelte oder ungeordnete Stilllegungen benachteiligt werden. Deshalb setzen wir uns seit dem vergangenen Jahr dafür ein, dass die Bundesregierung verlässliche Rahmenbedingungen schafft.

Unsere Arbeit hat gezeigt: Die Wärmeplanung der Zukunft darf nicht von fossilen Interessen bestimmt werden. Daher setzen wir unsere Kampagne für einen sozial gerechten Gasausstieg auch 2025 fort.

KLIMAGELD JETZT!



Die Idee hinter dem Klimageld ist so einfach wie wirksam: Während klimaschädliches Verhalten durch den CO₂-Preis teurer wird, gibt der Staat diese Einnahmen den Bürger:innen zurück – und zwar allen gleich viel. Wer sich klimafreundlich verhält, profitiert. Die anderen werden zur Kasse gebeten. Gewinnen würden dabei vor allem einkommensschwächere Haushalte. Denn gerade die oberen Einkommensgruppen stoßen am meisten klimaschädliche Emissionen aus.

Laut dem Koalitionsvertrag der Ampelregierung hätte das Klimageld auch in Deutschland längst kommen müssen. Doch Finanzminister Christian Lindner verschleppte die Einführung mit immer neuen Ausreden. Deshalb forderten wir in einem breiten Bündnis die schnelle Einführung des Klimagelds. Zudem ließen wir Tausende Aktionspostkarten in Form eines Klimageldscheins drucken, die unsere Unterstützer:innen an Christian Lindner schicken konnten. In einem Online-Seminar erklärten wir außerdem, wie sich Bürger:innen direkt an ihre Bundestagsabgeordneten wenden können, um das Klimageld einzufordern.

Im März 2025 übergaben wir die gesammelten Unterschriften schließlich symbolisch an die neue Regierung. Während der Koalitionsverhandlungen machten wir in Berlin klar: Unsere Forderung bleibt bestehen: Machen Sie den Weg frei für das Klimageld – für echten Klimaschutz und spürbare Entlastung!

„Wir können uns weder Untätigkeit beim Klimaschutz noch beim sozialen Ausgleich leisten. Das Klimageld muss endlich kommen. Es geht nur öko-sozial!“



Dr. Ulrich Schneider,
Hauptgeschäftsführer des
Paritätischen Gesamtverbandes

STOPPEN WIR DAS KLIMAGIFT!



Sulfurylfluorid – kurz SF-Gas – klingt harmlos, ist aber hochgefährlich. Holzexporteure verwenden es, um Insekten auf Exportholz zu vernichten. In Deutschland kommt es vor allem im Hamburger Hafen zum Einsatz. Dabei ist das Gas gleich doppelt problematisch: Es ist extrem giftig für Mensch und Tier – und zugleich ein massiver Klimakiller. Auf einen Zeitraum von 20 Jahren gerechnet schädigt SF-Gas das Klima rund 7.500 Mal mehr als CO₂. Deshalb kämpfen wir seit 2023 gegen den Einsatz von SF.

Trotz der bekannten Gefahren verlängerte die EU 2023 die Zulassung des Klimagifts für drei Jahre. Die Bundesregierung enthielt sich bei der Abstimmung und vergab damit die Chance, das Klimagift zu stoppen. Unser Einsatz gegen SF-Gas ging also weiter: Denn in Deutschland lief vergangenes Jahr die Zulassung für das SF-haltige Mittel ProFume aus. Mit einem offenen Brief forderten wir Landwirtschaftsminister Özdemir und Umweltministerin Lemke auf, die SF-Emissionen in Deutschland zu stoppen. Außerdem zeigten wir in einer spektakulären Aktion in Berlin, wie gefährlich das Gas ist.

Leider bleibt der Einsatz im Holzexport weiterhin erlaubt. Zwar hat die EU auf dem Papier SF-Emissionen verboten. Doch das Verbot endet dann, wenn sich der Einsatz aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht vermeiden lässt. Das ist natürlich eine willkommene Ausrede, das Gas weiterhin ungehindert in die Atmosphäre entweichen zu lassen.

Einige Teilerfolge konnten wir dennoch erzielen: Seit Oktober 2024 darf das Gas in der EU nicht mehr als Biozid eingesetzt werden. Und die Betreiber in Hamburg müssen ihre SF-Emissionen künftig dokumentieren und rechtfertigen.

Doch damit geben wir uns nicht zufrieden und gehen nun juristisch gegen SF-Gas vor. Anfang 2025 reichten wir gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe und Protect the Planet Klage gegen die Zulassung von ProFume ein. Unser Ziel: Vor Gericht wollen wir ein Verbot von ProFume in Deutschland durchsetzen – und damit ein Präzedenzurteil mit Strahlkraft auch in andere europäische Länder schaffen.

KEIN DEAL MIT MILEI: EU-MERCOSUR STOPPEN!



Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten bedroht Mensch, Umwelt und Klima. Es fördert die Abholzung des Amazonas, schwächt Arbeitsrechte und ermöglicht den Export von Pestiziden, die in der EU verboten sind, nach Südamerika – während gleichzeitig mehr Fleisch und Futtermittel nach Europa kommen sollen.

Vergangenes Jahr haben wir uns lautstark gegen das Abkommen gestellt. Über 22.000 Menschen unterzeichneten unseren Online-Appell. Außerdem verteilten wir Tausende Aktionspostkarten, die an Wirtschaftsminister Robert Habeck adressiert waren und ein Ende des Handelsabkommens forderten. Beim Parteitag der Grünen informierten wir Delegierte über die Folgen des Vertrags.

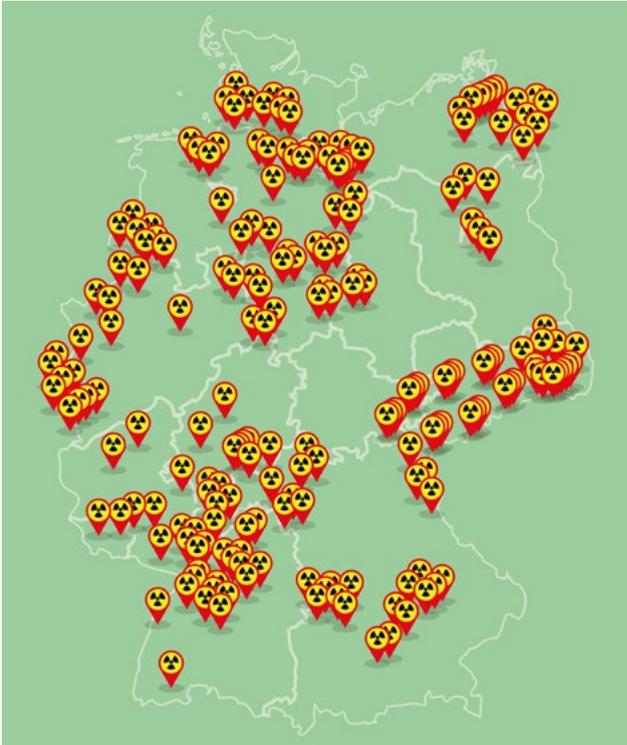
Als Argentiniens Präsident Javier Milei im Sommer nach Deutschland kam, weil er mit der Hayek-Medaille ausgezeichnet wurde, reagierten wir kreativ

auf seinen Besuch in Hamburg: Für seine radikalen Kürzungen bei Sozialstaat und Umweltschutz erhielt er von uns die „Rostige Kettensäge“, einen satirischen Schmähpriß für besonders rücksichtslose Politik. Olaf Scholz mahnten wir, autoritäre Staatschefs nicht als Handelspartner zu hofieren.

Im Herbst stand die Ratifizierung des Abkommens kurz bevor, als EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die politische Einigung zu EU-Mercosur verkündete. Deshalb appellierten wir in einem offenen Brief mit mehr als 400 Organisationen erneut an Kanzler Scholz: kein Deal auf Kosten von Mensch und Natur!

Und die Auseinandersetzung ist nicht vorbei: Mehrere EU-Staaten lehnen das Abkommen weiter ab. Daran wollen wir 2025 anknüpfen, um den EU-Mercosur-Vertrag doch noch zu stoppen.

ATOMMÜLL UND RADIOAKTIVITÄTSMESSUNG



Parallel dazu haben wir auch 2024 unser Messprogramm fortgesetzt. Seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl analysieren wir Lebensmittelproben auf radioaktive Belastung. Besonders Wildpilze und Wildfleisch aus einigen Regionen Deutschlands sind weiterhin so stark kontaminiert, dass sie nicht zum Verzehr geeignet sind. Auch unsere unabhängigen Luftmessungen für München haben wir fortgeführt – hier blieben die Werte im vergangenen Jahr innerhalb des normalen Schwankungsbereichs.

Mit unseren Messungen schaffen wir Transparenz und geben Bürger:innen die Möglichkeit, sich über die radioaktive Belastung in Deutschland zu informieren. Denn auch Jahrzehnte nach Tschernobyl bleibt Radioaktivität ein Problem, das nicht ignoriert werden darf.

Rostende Atommüllfässer, ungeklärte Endlagerfragen und Zwischenlager ohne dauerhafte Genehmigung: Deutschland hat sich von der Atomkraft verabschiedet, doch auch nach dem Atomausstieg bleiben ihre Schatten allgegenwärtig: Denn die radioaktiven Abfälle strahlen weiter und bedrohen unsere Umwelt und Gesundheit.

Mit dem Atommüllreport haben wir 2024 gemeinsam mit unseren Bündnispartnern erstmals ein vollständiges Bild der Atommüllsituation in Deutschland erstellt. Der Report zeigt: Die Lagerung radioaktiver Abfälle ist nach wie vor ungelöst. An vielen Standorten treten immer wieder Sicherheitsmängel auf, Maßnahmen werden oft erst ergriffen, wenn es beinahe zu spät ist.

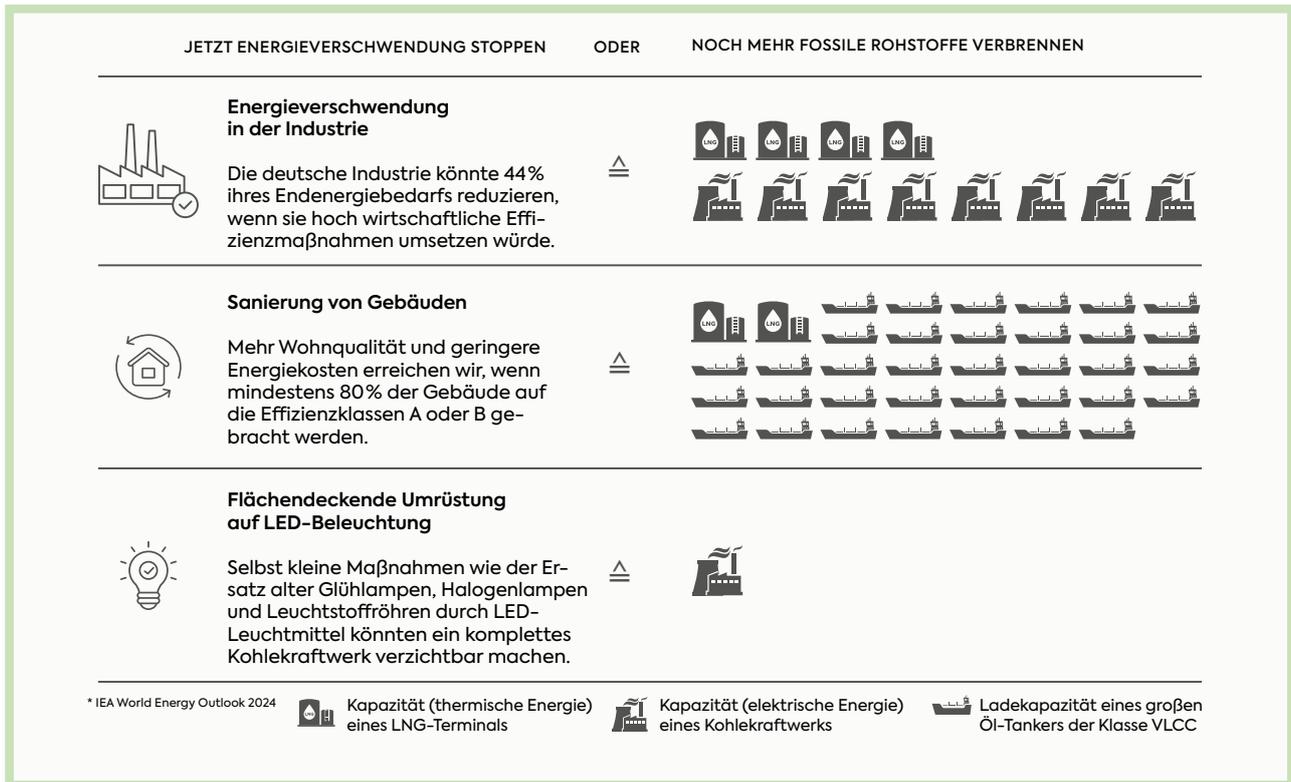
Unsere Forderung an die Politik ist deshalb klar: Es braucht endlich eine Atommüllpolitik, die bestehende Sicherheitsrisiken ernst nimmt, Gefahren minimiert und den Schutz der Menschen konsequent in den Mittelpunkt stellt.

Das Buch „*Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland*“ ist für 30 Euro zzgl. Versand bestellbar unter:

info@atommüllreport.de



ENERGIEEFFIZIENZ: RAUS AUS DER VERSCHWENDUNG!



Die grünste Kilowattstunde ist die, die nicht erzeugt werden muss. Doch das Thema Energieeffizienz bekommt in der politischen Debatte noch immer zu wenig Aufmerksamkeit – obwohl es riesige Potenziale bietet: Eine Studie der Hochschule Niederrhein zeigte etwa, dass die Industrie mit rund der Hälfte ihres Energieeinsatzes genauso viel produzieren könnte. Das würde nicht nur klimaschädliche Emissionen senken, sondern auch circa 40 Milliarden Euro Energiekosten pro Jahr einsparen.

Seit Ende 2022 setzen wir uns deshalb für ein wirksames Energieeffizienzgesetz in Deutschland ein: eines, das verbindliche Vorgaben schafft und die Industrie in die Verantwortung nimmt. Seit September 2023 gibt es dieses Gesetz, doch von einem „ambitionierten“ Gesetz, wie es Olaf Scholz versprochen hatte, ist nichts übrig geblieben.

Deshalb haben wir auch 2024 die Umsetzung des Gesetzes kritisch begleitet und uns mit Nachdruck für Verbesserungen eingesetzt. Als das Bundeswirtschaftsministerium im Oktober eine Novelle des Gesetzes vorlegte, waren wir als einzige Umweltorganisation zu der Anhörung im Bundestag eingeladen. In unserer Stellungnahme zeigten wir auf, wie groß die Lücke zwischen Anspruch und Realität weiterhin ist. Neben klassischer Lobbyarbeit verfassten wir ein Hintergrundpapier mit konkreten Vorschlägen zur Nachbesserung, das wir gezielt an Bundestagsabgeordnete, Ministerien und Parteien verschickten. In politischen Fachrunden, bei Kongressen und Netzwerktreffen vertraten wir unsere Forderungen und entwickelten neue Allianzen für mehr Effizienz. Denn klar ist: Ohne Energieeffizienz kann die Energiewende nicht gelingen. Bei diesem Thema braucht es einen langen Atem und mit Ihrer Unterstützung bleiben wir weiter dran!

FÜR MEHR TRANSPARENZ AUF DEN FELDERN



In der EU müssen Landwirt:innen dokumentieren, wann sie welche Pestizide einsetzen. Doch bislang werden diese Daten weder systematisch erfasst noch veröffentlicht. Die Folge: Niemand weiß genau, welche Gifte wann und wo versprüht werden. Diese Informationslücke verhindert eine fundierte Risikobewertung und wirksame Maßnahmen zur Reduktion des Pestizideinsatzes. Seit Jahren fordern wir deshalb mehr Transparenz über den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft.

Unsere Vision ist eine öffentlich zugängliche Online-Karte, auf der alle Bürger:innen nachvollziehen können, welche Pestizide in ihrer Umgebung ausgebracht werden. Für die Wissenschaft wären diese Daten essenziell, um Zusammenhänge zwischen Pestiziden und dem Artensterben oder Gesundheitsrisiken zu erforschen.

„Wenn man erlaubt, dass großflächig toxische Stoffe ausgetragen werden, dann hat die Bevölkerung ein Recht darauf, zu wissen, was das ist und wann und in welchen Mengen das gemacht wird.“

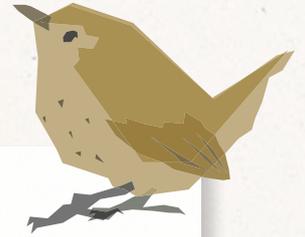
Prof. Beate Ritz,
Epidemiologin



Vergangenes Jahr rückten wir dieses Problem mit Öffentlichkeitsarbeit und einer Online-Petition in den Fokus. Rund 34.000 Menschen forderten mit uns: Pestizideinsätze müssen transparent werden! Eine forsa-Umfrage im Sommer zeigte zudem: 78 Prozent der Bevölkerung unterstützen unsere Forderung. An die Politik wandten wir uns mit offenen Briefen an die zuständigen Landesministerien sowie unserer Beteiligung an einer Verbändeanhörung. Doch nach den massiven Bauernprotesten Anfang 2024 fand unser Anliegen kaum noch Gehör.

Daher änderten wir unsere Strategie: Im Spätsommer beantragten wir unter Berufung auf das jeweilige Umweltinformationsgesetz bei allen 16 Bundesländern die Herausgabe der Pestiziddaten der letzten drei Jahre. Unser Ziel: selbst Transparenz über die Pestizideinsätze in Deutschland herstellen. Rechtlich wären die Behörden verpflichtet, die Daten bei den landwirtschaftlichen Betrieben anzufordern und bereitzustellen. Unsere Anfrage lehnten sie mit Verweis auf den hohen Arbeitsaufwand dennoch ab. Dabei zeigt gerade diese Reaktion: Gäbe es ein System zur Erfassung der Daten, wären die Behörden auch in der Lage, Auskunft zu geben. Gegen die Ablehnungsbescheide haben wir daher Widerspruch eingelegt und behalten uns weitere rechtliche Schritte vor.

FÜR EINE ARTENREICHE UND VIELFÄLTIGE UMWELT – DANK IHRER UNTERSTÜTZUNG!



„Meine Familie und ich unterstützen das Umweltinstitut, weil sich das Team mit unbeirrbarer Beharrlichkeit, Mut angesichts von Einschüchterung und enormer Kompetenz für die Bewahrung der Natur einsetzt und dabei auch die globale Umweltgerechtigkeit mit im Blick hat.

Wir wünschen Ihnen, dass Ihnen die Energie erhalten bleibt in schwieriger werdenden Zeiten, und sind an Ihrer Seite!

Mit herzlichen Grüßen nach München!“

Anna Dorothea Scheytt, Fördermitglied

Nur dank der Unterstützung unserer Fördermitglieder und Spender:innen ist unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit möglich. Gemeinsam kämpfen wir für eine artenreiche, vielfältige Umwelt – für eine Welt, in der alle gut leben können.

Ein regelmäßiger Beitrag gibt uns die nötige Planungssicherheit, um langfristig und wirkungsvoll zu arbeiten. Denn echte Veränderungen brauchen Zeit und Ausdauer. Es reicht uns nicht, Missstände zu identifizieren, wir wollen gemeinsam mit Ihnen etwas bewegen. Dafür schaffen wir öffentliche Aufmerksamkeit, mobilisieren Protest und üben Druck auf Politik und Wirtschaft aus.

Auch spontane Aktionen, die schnelles Handeln erfordern, werden durch Ihre zusätzlichen Spenden möglich. Egal, wie Sie sich einbringen – Sie sind Teil unseres Engagements für mehr Umweltschutz.

Herzlichen Dank!

Jetzt Fördermitglied werden oder spenden:
umweltinstitut.org/unterstuetzen/tb24



GEMEINNÜTZIGES VERERBEN – IHR VERMÄCHTNIS FÜR EINE BESSERE WELT

Eine frühzeitige Nachlassplanung schafft Klarheit und die Gewissheit, dass Ihre Werte auch nach Ihrem Leben weiterwirken. Mit gemeinnützigem Vererben haben Sie die Möglichkeit, einen Teil Ihres Nachlasses einer Organisation wie dem Umweltinstitut zu widmen. So unterstützen Sie den Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig und gestalten die Zukunft im Einklang mit Ihren Überzeugungen und Werten.

Indem Sie den Nachlass selbst festlegen, wissen Sie, dass Ihr Vermögen nach Ihren Vorstellungen eingesetzt wird. Dabei treten häufig u. a. folgende Fragen auf:

- Was passiert, wenn ich kein Testament erstellt habe?
- Welche Pflichtteile muss ich beachten?
- Was ist der Unterschied zwischen Testament und Vermächtnis?
- Wie verfasse ich ein Testament richtig?
- Wie kann ich eine gemeinnützige Organisation im Testament bedenken?

Das Umweltinstitut München begleitet Sie hier gern auf dem Weg zu Ihrem individuellen Testament. Dabei werden wir von externen und erfahrenen Fachanwält:innen für Familien und Erbrecht unterstützt.

Ihre persönliche Ansprechpartnerin

Anja Lemmermann
T. 089 / 30 77 49 0
al@umweltinstitut.org



Weitere Informationen finden Sie auf unserer
Webseite: umweltinstitut.org/testament/tb24



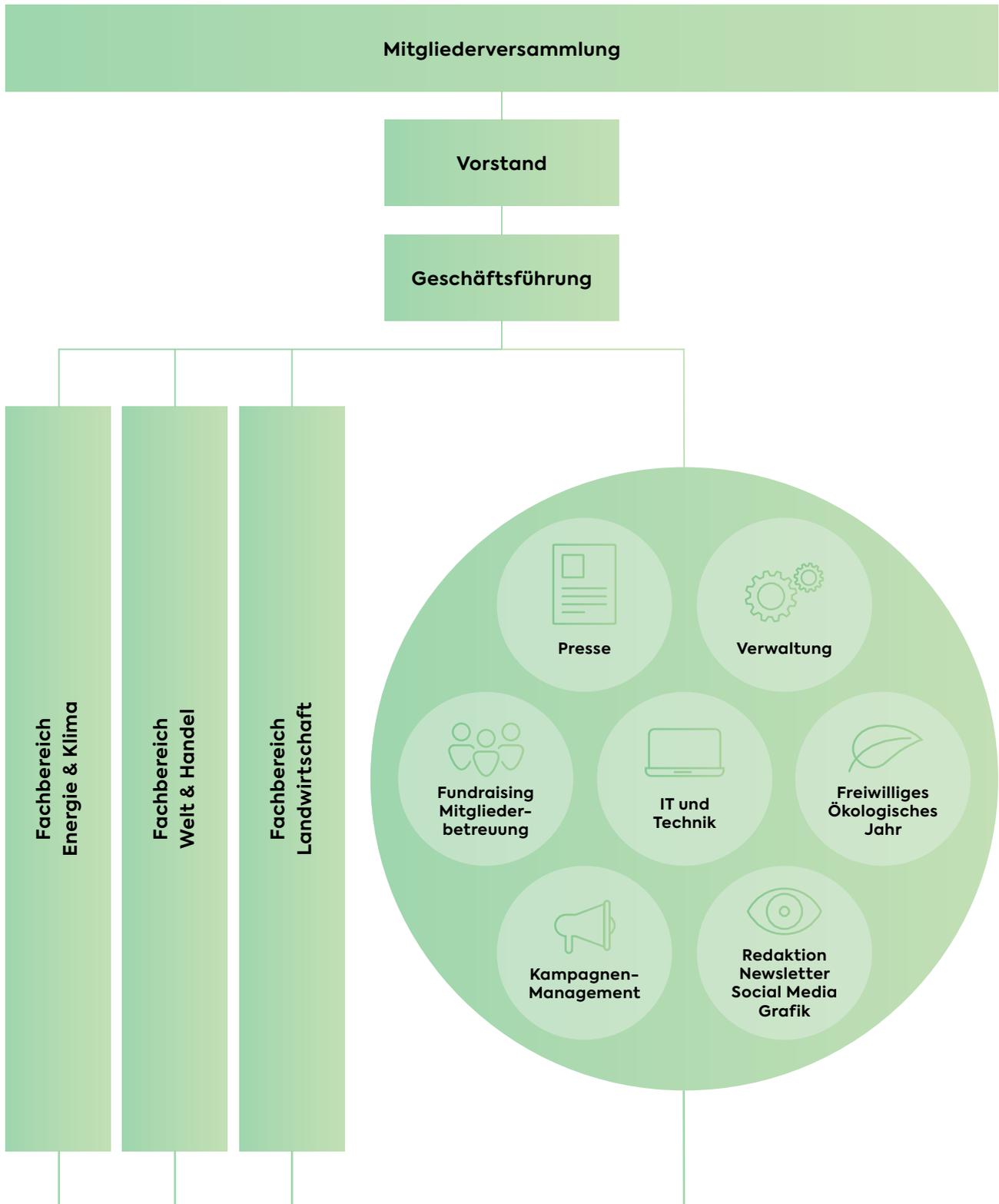
Dort finden Sie unsere neue **Broschüre „Ihr Vermächtnis für die Natur“**. Sie können diese bequem herunterladen oder ein gedrucktes Exemplar bestellen. Sehr gerne nehmen wir Ihre Bestellung auch telefonisch unter 089/30 77 49 0 entgegen.

ORGANISATION

Das Umweltinstitut München ist ein unabhängiger eingetragener Verein. Lernen Sie in diesem Kapitel den Vorstand kennen, entdecken Sie unser Organigramm und erfahren Sie mehr über die Struktur und Zusammensetzung unseres Teams.



UNSER ORGANIGRAMM



UNSER VORSTAND

Der Vorstand ist das zentrale Leitungsorgan eines gemeinnützigen Vereins. Im Umweltinstitut wird er alle zwei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt und setzt sich aus drei bis fünf engagierten Personen zusammen. Unsere Vorstandsmitglieder bringen nicht nur Fachwissen, sondern auch Leidenschaft und Visionen mit, um das Umweltinstitut in eine nachhaltige Zukunft zu führen. Gemeinsam mit der Geschäftsführung gestalten sie die strategische Weiterentwicklung der Organisation.

Besonders freue ich mich, wenn ich Bürger:innen in ihrem politischen Engagement für Klimaschutz beratend zur Seite stehen kann.



Franziska Buch,
Kampagnenplanung
Energie & Klima

Ich möchte dazu beitragen, dass das Umweltinstitut sich als unabhängige, kritische und erfolgreiche Organisation weiterentwickelt.



Verena Schmitt,
Landwirtschaft,
Verbraucherschutz

Unsere gemeinsame Vision einer artenreichen und vielfältigen Welt motiviert mich jeden Tag.



Joy Mann,
Öffentlichkeitsarbeit

Ich will dazu beitragen, der kritischen Zivilgesellschaft eine Stimme zu verleihen.



Sandra Henoch,
Fundraising

Mein Ziel ist es, Menschen für unsere Themen zu begeistern und sie zu ermutigen, aktiv für eine nachhaltige Zukunft einzutreten.



Kerstin Viellehner,
Öffentlichkeitsarbeit

MITARBEITER:INNEN- UND GEHALTSSTRUKTUR



Im Jahr 2024 arbeiteten 29 Menschen festangestellt beim Umweltinstitut. Hinzu kommen drei Kolleg:innen, die bei uns ein Freiwilliges Ökologisches Jahr absolvieren, sowie Praktikant:innen und studentische Hilfskräfte. Bei der Vergütung orientiert sich das Umweltinstitut am Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) Bund. Anpassungen aufgrund der Betriebszugehörigkeit und Tarifierhöhungen werden in der Regel nachvollzogen. Im Haustarif gibt es folgende Gehaltsstufen.

Studentische Mitarbeiter:innen, Trainees

Entgeltgruppe 10

Organisation, Verwaltung

Entgeltgruppe 11, 12

Referent:innen, Technik

Entgeltgruppe 12

Geschäftsführung

Entgeltgruppe 13

Für ein besonders hohes Maß an Einsatz und Verantwortungsübernahme kann eine Verantwortungszulage von bis zu 200 Euro monatlich gezahlt werden. Darüber hinaus bieten wir eine arbeitszeitunabhängige Familienzulage in Höhe von 200 Euro monatlich für das erste Kind sowie eine arbeitszeitanteilige Kinderzulage ab dem zweiten Kind. Betriebliche Altersvorsorge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie 30 Tage Jahresurlaub sind üblich.

Als Arbeitgeber bemühen wir uns um eine familienfreundliche Gestaltung des Arbeitsalltags – unter anderem durch flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit zum Home Office. Damit der persönliche Austausch dennoch nicht zu kurz kommt, gibt es regelmäßig feste Bürotage für alle.

DAS JAHR 2024 IN ZAHLEN

Unsere Fördermitglieder und Spender:innen haben 2024 erneut entscheidend dazu beigetragen, unsere Arbeit für Umwelt- und Klimaschutz möglich zu machen.

Dank Ihrer breiten Unterstützung bleiben wir unabhängig von wirtschaftlichen und staatlichen Interessen – und dafür danken wir Ihnen von Herzen! Auch 2024 konnten wir zahlreiche wichtige Projekte umsetzen: Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen klagten wir vor dem Europäischen Gericht gegen die erneute Zulassung von Glyphosat. Außerdem informierten wir mehr als 7.000 Bürgermeister:innen sowie Kommunen und engagierte Bürger:innen mit offenen Briefen, Webinaren und einem Fachgutachten über den Ausstieg aus fossilem Gas und klimafreundliche Lösungen in der kommunalen Wärmeplanung.



EINNAHMEN & AUSGABEN

Finanzierung und Förderung

Spenden und Mitgliedsbeiträge bildeten 2024 mit insgesamt 85 Prozent unserer Einnahmen das stabile Rückgrat unserer Arbeit. Dieser hohe Anteil sichert unsere Unabhängigkeit von politischen oder wirtschaftlichen Interessen. Projektzuschüsse verschiedener Träger machten elf Prozent unserer Einnahmen aus.

Unsere Kampagnenarbeit wurde durch mehrere Institutionen gefördert: Die Kampagne „Klimawende von unten“ sowie unsere Aktivitäten gegen den Einsatz von Wasserstoff in der kommunalen Wärmeplanung wurden unterstützt von der European Climate Foundation, der Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH (im Rahmen der Sonnencent Projekt Förderung) und der Naturstrom Stiftung.

Die Gregor Louisoder Umweltstiftung unterstützte uns neben einer projektunabhängigen Sockelförderung auch gezielt bei der Einreichung der Klage gegen die Zulassung des Pestizids Pendimethalin. Für unsere Klage gegen die erneute EU-Zulassung des Begasungsmittels Sulfurylfluorid wurden wir von der GLS Treuhand Stiftung sowie von der Stiftung Gekko gefördert. Die Umsetzung dieses Projekts erfolgt gemeinsam mit unserem Bündnispartner Protect the Planet.

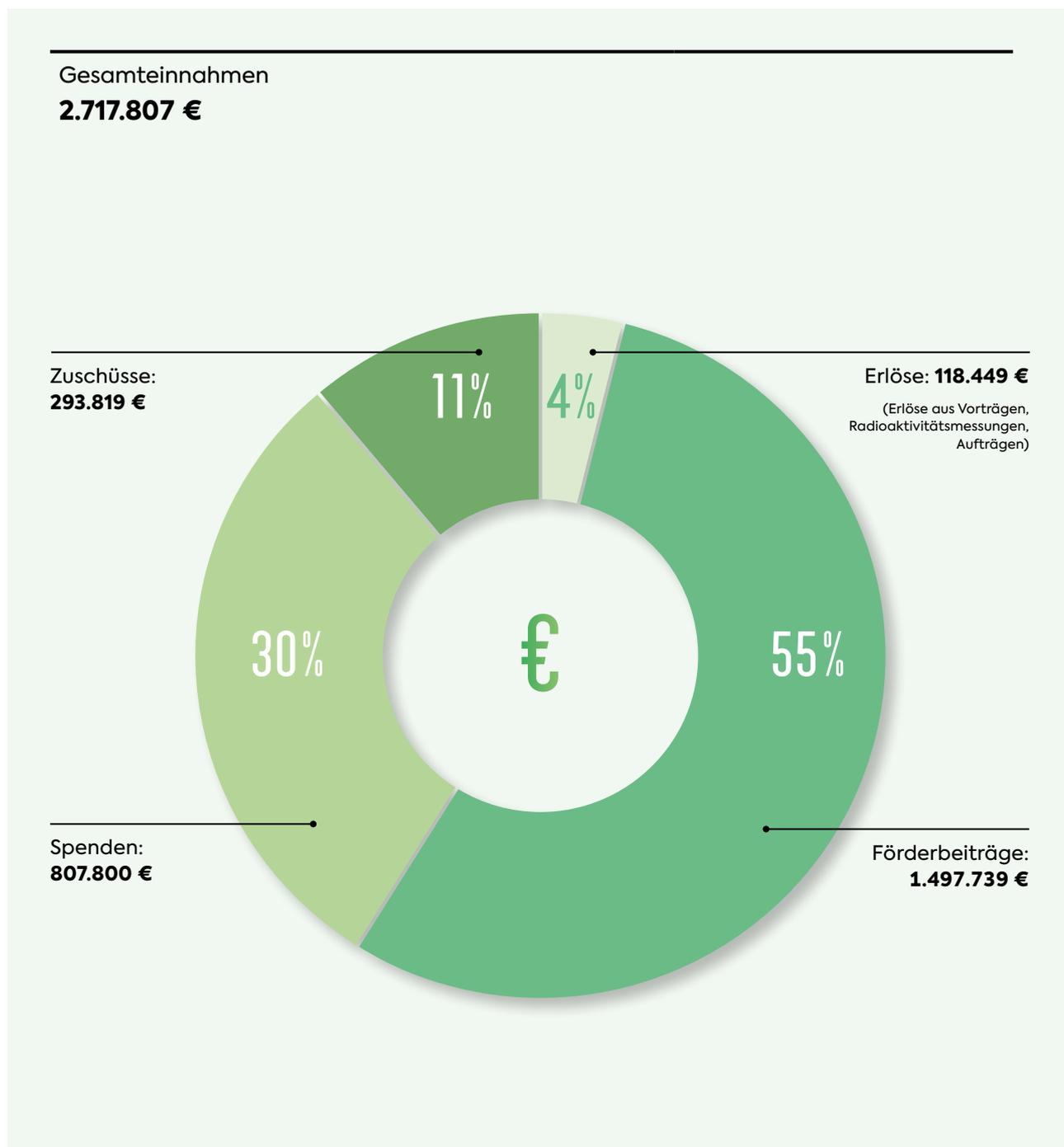
Auch öffentliche Stellen unterstützten unsere Arbeit: Das Umweltbundesamt (UBA) förderte unsere Energieeffizienzkampagne. Zudem konnten wir erneut auf die Landeshauptstadt München zählen, die das Projekt „Ökolandbau erleben und verstehen“ sowie unsere Umweltberatung für Münchner Bürger:innen förderte.

Ausgaben

Im Jahr 2024 beliefen sich unsere Gesamtausgaben auf 2.707.857 Euro. Davon flossen rund 82 Prozent direkt in unsere fachliche Arbeit. Dazu zählen die Konzeption und Umsetzung von Kampagnen, wissenschaftlichen Projekten sowie die finanzielle Unterstützung gemeinsamer Initiativen innerhalb der Umweltbewegung. Auch die Beauftragung von Rechtsgutachten – etwa zur kommunalen Wärmeplanung – sowie Klagen gegen die Zulassung gesundheits- und umweltschädlicher Stoffe wurden hieraus finanziert, sofern keine Drittmittelfinanzierung vorlag.

Unsere Verwaltungskosten lagen mit elf Prozent weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Für unsere allgemeine Öffentlichkeitsarbeit – etwa Informationsmaterialien, Veranstaltungen oder die Pflege unserer digitalen Kanäle – verwendeten wir sieben Prozent der Ausgaben.

EINNAHMEN



Die Angaben in den Diagrammen sind gerundete Werte. Dies kann zu vermeintlichen Differenzen in der Summenbildung führen.

DIE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER DES UMWELTINSTITUTS

Unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit wäre ohne die tatkräftige Unterstützung unserer Fördermitglieder und Spender:innen nicht möglich. Dafür sind wir sehr dankbar! Auch 2024 konnten wir uns auf die Solidarität vieler engagierter Menschen verlassen, die unsere Arbeit mit regelmäßigen Beiträgen ermöglichen.

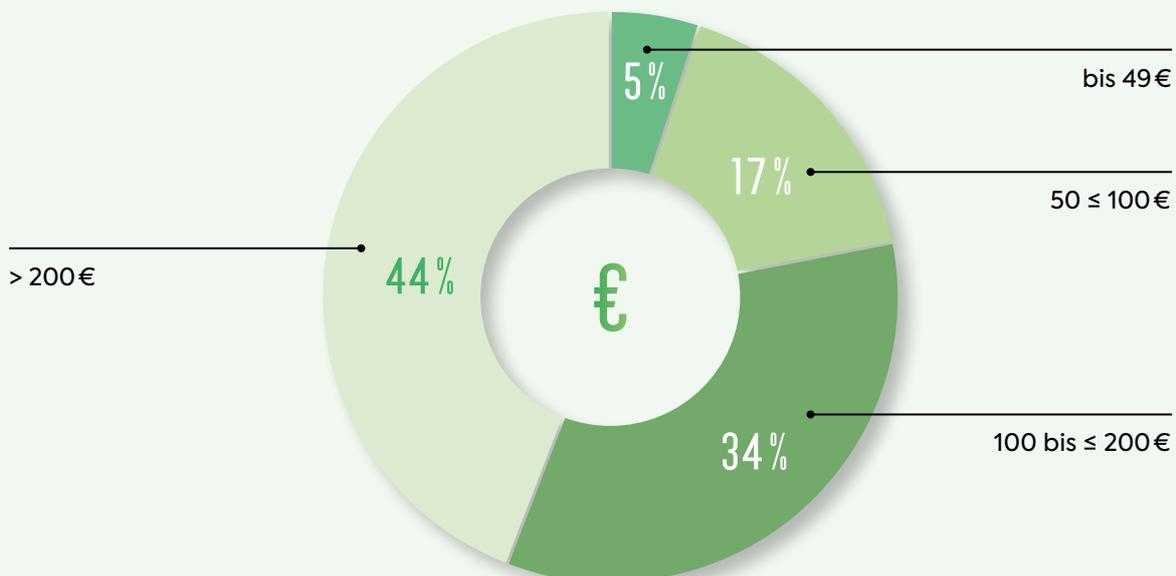
Besonders freut uns, dass wir vergangenes Jahr zahlreiche neue Fördermitglieder gewinnen konnten, die uns dauerhaft unterstützen möchten. Ende 2024 erreichten wir die beeindruckende Zahl von fast 12.550 Fördermitgliedern.

Diese Fördermitgliedschaften sind für uns von unschätzbarem Wert. Sie bilden die notwendige finanzielle Basis, um langfristig planen und wirkungsvolle Aufklärungs- und Kampagnenarbeit umsetzen zu können.

Wir haben zudem ca. 15.000 Spenden erhalten. Spenden und Beiträge in der Größenordnung bis 200 Euro machten 56 Prozent unseres Spendenvolumens aus. Der Anteil der Spenden und Beiträge von mehr als 200 Euro ist im Vergleich zum Vorjahr somit leicht angestiegen. Insgesamt 118 Spender:innen und Fördermitglieder unterstützten uns sogar mit Beträgen von 1.000 Euro und mehr.

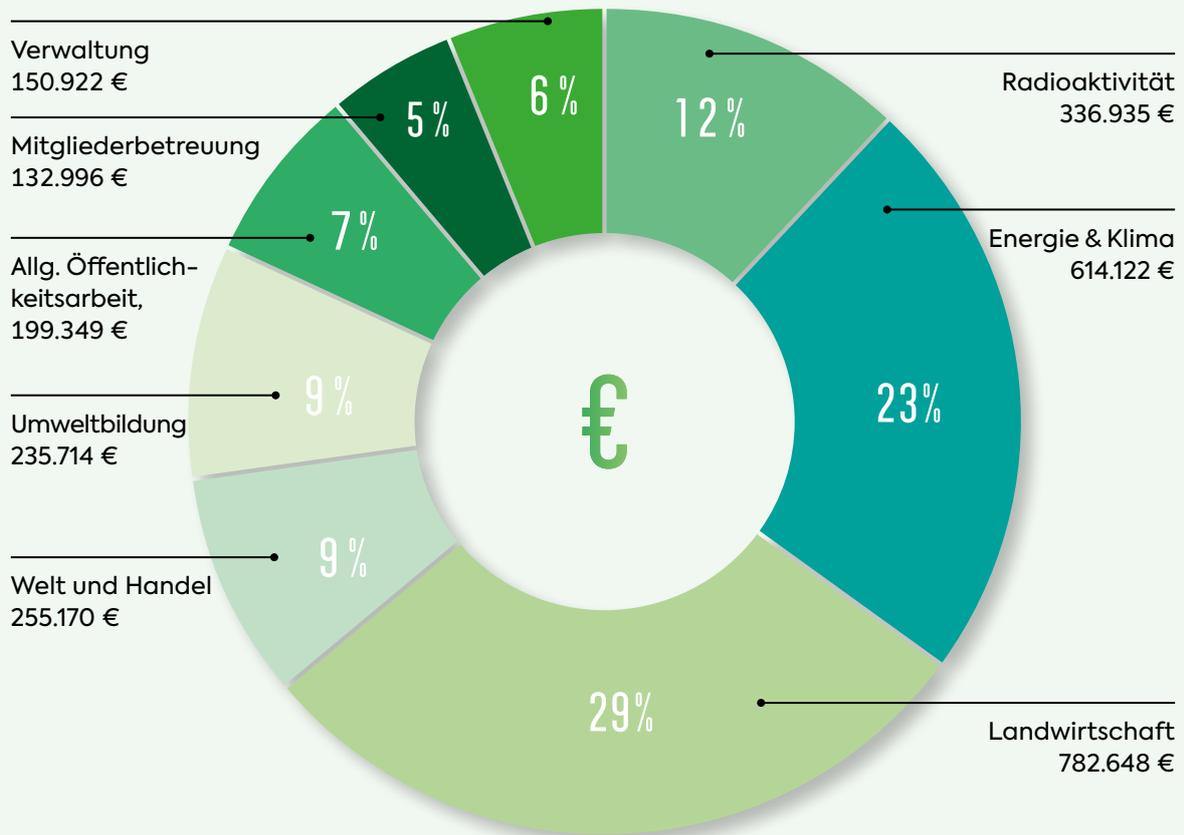
Jahr	Fördermitglieder
2019	9.154
2020	11.270
2021	12.098
2022	12.074
2023	12.035
2024	12.547

Spenden- und Beitragssummen



AUSGABEN

Gesamtausgaben
2.707.857 €



BILANZ

Aktiva	
Anlagevermögen	
Immaterielle Vermögensgegenstände	29.724,00 €
Sachanlagen	111.595,00 €
Summe Anlagevermögen	141.319,00 €
Umlaufvermögen	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	106.939,92 €
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.996.168,30 €
Summe Umlaufvermögen	2.103.108,22 €
Rechnungsabgrenzung	8.959,62 €
Summe Aktiva	2.253.386,84 €
Passiva	
Eigenkapital	2.111.057,36 €
Rückstellungen	53.380,00 €
Verbindlichkeiten	88.949,48 €
Rechnungsabgrenzung	0,00 €
Summe Passiva	2.253.386,84 €

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Als eingetragener Verein sind wir der Erfüllung unserer satzungsgemäßen Ziele verpflichtet und nicht bestrebt, Gewinne zu erzielen. Die uns zugeflossenen Spenden sind satzungsgemäß und zeitnah auszugeben. Das bedeutet, dass es einen Gewinn oder Verlust – wie bei unternehmerisch tätigen Organisationen – in einem gemeinnützigen Verein nicht gibt. Ein Überschuss von Einnahmen gegenüber Ausgaben im Geschäftsjahr wird zur Verwendung im nächsten Jahr vorgetragen. Eine Unterdeckung hingegen bedeutet, dass mehr Förder- und Spendengelder in diesem Geschäftsjahr ausgegeben wurden als im gleichen Jahr zugegangen sind. Die Ausgaben wurden also durch Einnahmen aus vorherigen Jahren finanziert. Langfristig gebundene Spendenmittel sind in der Bilanz als Anlagevermögen aufgeführt. Sie stehen nicht unmittelbar als Mittel bereit. Andere, noch nicht verwendete Spendenmittel stellen in Form von Rücklagen eine kontinuierliche Arbeit auch im Falle von Einnahmeschwankungen sicher. Sie ermöglichen es uns, auf Unvorhergesehenes reagieren zu können, eventuelle Risiken abzudecken und soweit notwendig für unseren Vereinszweck Investitionen zu tätigen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Einnahmen/Erlöse	2.717.806,93 €
-------------------------	----------------

Aufwendungen

Fremdleistungen/ Direkte Projektkosten	-125.289,28 €
---	---------------

Personalaufwand	-1.894.935,38 €
-----------------	-----------------

Abschreibungen	-70.292,71 €
----------------	--------------

Sonstige betriebliche Aufwendungen	-617.339,45 €
---------------------------------------	---------------

Summe Aufwendungen	-2.707.856,82 €
--------------------	-----------------

Ergebnisvortrag Vorjahr	286.412,74 €
-------------------------	--------------

Entnahme aus den Rücklagen	0,00 €
-------------------------------	--------

Einstellung in Rücklagen	-264.996,25 €
--------------------------	---------------

Bilanzergebnis	31.366,60 €
-----------------------	--------------------

DANKE!



Wir danken allen Fördermitgliedern und Spender:innen sehr herzlich für ihre wertvolle Unterstützung im Jahr 2024. Ihr Engagement ist eine tragende Säule unserer Arbeit und ermöglicht es uns, unsere Ziele konsequent zu verfolgen.

Unser Dank gilt zudem den Stiftungen und Vereinen, die unsere Projekte im Jahr 2024 gefördert haben:

- Deutsche Postcode Lotterie
- European Climate Foundation
- EWS Elektrizitätswerke Schönau
- GLS Treuhand e.V.
- Gregor Louisoder Umweltstiftung
- Heidehof Stiftung
- Naturstrom-Stiftung
- Protect the Planet - Gesellschaft für ökologischen Aufbruch
- Stiftung GEKKO

BLEIBEN SIE MIT UNS IN KONTAKT!



Unser Newsletter

Unabhängige Informationen zu Umweltpolitik, Agrar- und Klimawende.



umweltinstitut.org/newsletter

E-Mail-Newsletter

Unsere sozialen Medien

Tagesaktuell informiert: Wir ordnen die wichtigsten News kritisch und unabhängig für Sie ein.



[instagram.com/umweltinstitut](https://www.instagram.com/umweltinstitut)

@umweltinstitut



[facebook.com/umweltinstitut.org](https://www.facebook.com/umweltinstitut.org)

@umweltinstitut.org



[linkedin.com/company/umweltinstitut](https://www.linkedin.com/company/umweltinstitut)

@Umweltinstitut München



www.threads.com/@umweltinstitut

@umweltinstitut



bsky.app/profile/umweltinstitut.bsky.social

@umweltinstitut.bsky.social

IMPRESSUM

**SPENDEN ODER BEITRÄGE
AN DAS UMWELTINSTITUT SIND
STEUERLICH ABSETZBAR.**

Umweltinstitut München e.V.
Goethestraße 20
80336 München
Telefon 0 89 – 30 77 49 – 0
Fax 0 89 – 30 77 49 – 20
info@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Spendenkonto
Bank: Sozialbank
KTO: 88 311 03
BLZ: 370 205 00
IBAN: DE65 3702 0500 0008 8311 03
BIC: BFSWDE33XXX

Herausgeber: Umweltinstitut München e.V.
Verantwortlich: Kerstin Viellehner
Gestaltung und Illustrationen: Konrad Angermüller
Stand: 05.08.2025

Bildnachweise:

S. 7: v.o.l.n.u.r.: Bild 1, 3, 6, 8: Umweltinstitut München, Bild 2, 9: Jörg Farys, Bild 4: © Deutscher Bundestag, Bild 5: Tino Grafiert, Bild 7: Anne Barth, Bild 10: Volker Watschounek | S. 9: Anne Barth, Volker Watschounek, Anne Barth, Jörg Farys | S. 10: © wat / Getty Images | S.11: Grafik Umweltinstitut. | S. 12: © K.-U. Häßler / stock.adobe.com, Anne Barth | S. 13: Andi Weiland | S. 14: Collage: Umweltinstitut München, © fietzfotos-pixabay | S. 15: Collage: Umweltinstitut München, Elemente: Designed by pch.vector / Freepik | S. 16: Anne Barth | S. 17: Jörg Farys | S. 18: Lucja Romanowska | S. 19: Grafik: Umweltinstitut München | S. 21: © Solid photos, bernardbodo | stock.adobe.com | S. 22: Illustration: Lena Teichmann | S. 23: Umweltinstitut München | S. 26: Jörg Farys, Umweltinstitut München | S.27: Umweltinstitut München | S. 35: Anne Barth | S. 36: Erik Marquardt



**Umweltinstitut
München e.V.**

Umweltinstitut München e.V.

Goethestraße 20

80336 München

Tel.: (089) 30 77 49-0

Fax: (089) 30 77 49-20

E-Mail: info@umweltinstitut.org

www.umweltinstitut.org